



Offener Brief an die niedersächsischen Grünen

Die Grüne Jugend Niedersachsen lehnt die getroffene Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und der Atomwirtschaft ab. Wir halten sie nicht für einen Schritt zum Ausstieg, sondern vielmehr für eine Bestandsgarantie.

Wir schliessen uns deshalb der Pressemitteilung von Heidi Tischmann und den Stellungnahmen von Rebecca Harms, Antje Radtke und Christian Ströbele an.

Der Landesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen lehnt in seiner am 15.6.00 beschlossenen Stellungnahme richtigerweise die getroffenen Regelungen bezüglich der Endlagerstandorte ab.

Warum der Landesvorstand dann jedoch das Gesamtpaket unterstützt, ist für uns nicht nachvollziehbar. Angesichts der eindeutigen Beschlüsse der letzten Landesdelegiertenkonferenzen von Celle und Göttingen, sollte in den Kreis- und Ortsverbänden diskutiert werden, ob dieser Landesvorstand noch die Interessen der niedersächsischen Grünen vertritt.

Wir bitten die niedersächsischen BDK-Delegierten, sich in Münster an den LDK-Beschluss von Celle zu halten und die Konsensvereinbarungen abzulehnen.

Landesvorstand der Grünen Jugend Niedersachsen (Beschluss vom 18.06.00)

15.06.00: Pressemitteilung des Bundesvorstandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Bundesvorstand hat auf seiner Sitzung am 15. Juni die Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und der deutschen Atomwirtschaft zur Kenntnis genommen.

Damit haben äußerst mühevoll und langwierige Verhandlungen ihren Abschluß gefunden. Die Vereinbarung ist aus grüner Sicht ein sehr schwieriger Kompromiß. Sie bleibt zum Teil schmerzlich hinter grünen Zielen zurück. Trotzdem stellt sie eine historische Zäsur dar:

Der Ausstieg kommt. Die Laufzeiten der Atomkraftwerke werden begrenzt; die Wiederaufarbeitung wird beendet; die Zahl der Atomtransporte wird stark verringert; bei der Sicherheit wird es weiterhin keinen Rabatt geben, sie wird auf dem hohen gesetzlichen Niveau festgeschrieben;

die Erkundung des Endlagers Gorleben wird unterbrochen; die Deckungsvorsorge für AKW wird verzehnfacht.

In der Gesamtbewertung kommen wir zu dem Ergebnis, dem Bundesumweltminister zu folgen und der Bundesdelegiertenkonferenz die Vereinbarung zur Annahme zu empfehlen.

15.06.00: Pressemitteilung des Landesvorstandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen

Der Landesvorstand hat auf seiner Sitzung am 15. Juni die Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und der deutschen Atomwirtschaft beraten.

Damit haben äußerst mühevoll und langwierige Verhandlungen ihren Abschluß gefunden. Die Vereinbarung ist aus grüner Sicht ein sehr schwieriger Kompromiß.. Sie bleibt zum Teil schmerzlich hinter grünen Zielen zurück. Trotzdem stellt sie eine historische Zäsur dar:

Der Ausstieg kommt. Die Laufzeiten der Atomkraftwerke werden begrenzt; die Wiederaufarbeitung wird beendet; die Zahl der Atomtransporte wird stark verringert; bei der Sicherheit wird es weiterhin keinen Rabatt geben, sie wird auf dem hohen gesetzlichen Niveau festgeschrieben.

Die niedersächsischen Grünen können die getroffenen Regelungen für die Endlager- Standorte Gorleben und Schacht Konrad nicht akzeptieren. Mit den beschlossenen Vereinbarungen besteht offensichtlich nicht die Möglichkeit zu einer vergleichenden Standortsuche. Wir halten Gorleben als Endlagerstandort für ungeeignet und erwarten, daß Schacht Konrad nicht genehmigt wird.

Landesvorsitzende Heidi Tischmann:

Grüne aus Niedersachsen können dieses Konsensergebnis nur ablehnen.

Scharfe Kritik hat die Landesvorsitzende der niedersächsischen Grünen, Heidi Tischmann an den Vereinbarungen zum Atomausstieg zwischen Bundesregierung und Energieversorgungsunternehmen geäußert. Das Ergebnis gebe nichts vom Koalitionsanspruch wieder, so schnell wie möglich aus der Atomenergie auszusteigen. Tischmann: „Selbst Minimalforderungen grüner Politik in Regierungsverantwortung sind unberücksichtigt geblieben. Statt eines Ausstiegs besiegele das Papier den störungsfreien Weiterbetrieb der AKW über Jahre.“

Vor allem der Entsorgungsteil mache es den Grünen in Niedersachsen unmöglich, den Vereinbarungen zuzustimmen. Das Moratorium für ein Endlager Gorleben von 3-10 Jahren lasse nicht die Zeit für eine ernsthafte Suche nach Alternativstandorten, von der im übrigen im Einigungspapier nicht ausdrücklich mehr die Rede sei. Mit der gleichzeitigen Inbetriebnahme der Pilotkonditionierungsanlage würden für den Standort alle Optionen offen gehalten, vieles deute auf einen späteren Ausbau zum nationalen Endlager hin, befürchtet Tischmann.

Völlig im Widerspruch zum Ein-Endlager-Konzept im Koalitionsvertrag stehe die Genehmigung von Schacht Konrad. „Nach dem jahrelang beteuert wurde, dieses Endlager sei überflüssig, wird jetzt aus Angst vor Regressforderungen der Atomwirtschaft und auf Druck einzelner sozialdemokratisch geführter Bundesländer dem Vollzug nachgegeben.“

Nicht zu akzeptieren seien auch die Regelungen über die Laufzeiten der AKW's. Grüne hätten in der Vergangenheit immer wieder deutlich gemacht, dass dreißig Jahre „das Ende der Fahnenstange“ sei. Tischmann: „Nicht nur, dass die Vereinbarung eine Regellaufzeit von 32 Jahren vorsieht, durch die Anrechnung zusätzlicher elf Jahre für Mühlheim-Kärlich kommt man bei verbleibenden mehr als 2.600 Terrawatt-Stunden unter dem Strich auf eine noch höhere Gesamtlaufzeit pro AKW.“ Wann der Ausstieg aus der Atomwirtschaft vollzogen sein wird, könne man anhand der vorliegenden Einigung nicht sagen. Bezeichnenderweise fehle im Vertrag auch eine zeitliche Deckelung.

„Insgesamt stellt die Vereinbarung einen Kniefall vor der Atomwirtschaft dar und kein Ausstiegskonzept, das seinen Namen verdient.“ kritisiert die grüne Landespolitikerin. Den Stromkonzernen würden einseitig weitreichende Zugeständnisse gemacht, während sich die Politik ihrer Verantwortung entziehe.

Ein unglaublicher Vorgang sei dabei die Selbstbindung der Regierung bei den Sicherheitsstandards. Sie könne nicht verstehen, wie eine zum Schutz von Leben und Gesundheit verpflichtete Bundesregierung sich die Möglichkeit, Sicherheitsanforderungen bei Bedarf zu verschärfen, aus der Hand nehmen lasse, so Tischmann. „Während erforderliche Anpassungen durch die Politik im Vertrag ausgeschlossen werden und eine paritätisch besetzte Kontrollgruppe aus Regierung und Unternehmen darüber wacht, können die Atomkonzerne jederzeit mit der Androhung spielen, diesen Konsens bei Nichteinhaltung aufzukündigen.“ Ein Dauerstreit sei damit vorprogrammiert.